

Die christlich-liberale Koalition packt entschlossen an

Entschlossene Politik zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat Deutschland empfindlich getroffen. Im Jahr 2009 sank die Wirtschaftsleistung zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland um fünf Prozent. Dieser Herausforderung haben sich Union und FDP entschlossen gestellt: Wir haben im vergangenen Oktober zügig eine Regierung gebildet und sind der Finanz- und Wirtschaftskrise in den ersten Monaten der neuen Legislaturperiode mit einem Maßnahmenbündel entgegengetreten:

Wachstumsbeschleunigungsgesetz: In einem ersten Schritt haben wir im vergangenen Dezember im Deutschen Bundestag das Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums verabschiedet. Mit diesem Gesetz haben wir eine Reihe von steuerpolitischen Maßnahmen beschlossen, die es den Unternehmen erleichtern, mit den Auswirkungen der Krise besser fertig zu werden: Wir haben die steuerrechtlichen Vorschriften bei der Gewinnermittlung entschärft, die Abschreibungsmöglichkeiten verbessert und eine mittelstandsfreundliche Regelung im Bereich der Erbschaftsteuer geschaffen. Darüber hinaus werden im Erbrecht künftig Geschwister nicht mehr wie Fremde behandelt.

Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz: Mit dem im März vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetz zur Stabilisierung der Finanzlage der Sozialversicherungssysteme haben wir einen Schutzschirm für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgespannt. Einen Anstieg der Beitragssätze zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung, der ansonsten unvermeidlich gewesen wäre, haben wir verhindert, indem wir das Darlehen an die Bundesagentur für Arbeit zur Abdeckung ihres Defizits im Haushaltsjahr 2010 in Höhe von voraussichtlich 16 Mrd. € in einen einmaligen Zuschuss umgewandelt und den vorgesehenen Zuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung einmalig in diesem Jahr um zusätzlich 3,9 Mrd. € auf insgesamt 15,7 Mrd. € aufgestockt haben.

Einkommenssicherung im Bereich der Landwirtschaft: Ein weiterer Schwerpunkt im Katalog der Sofortmaßnahmen waren Hilfen zur Einkommenssicherung im Bereich der Landwirtschaft im Umfang von 750 Mio. € für die Jahre 2010 und 2011, darunter das „Grünlandmilchprogramm“ zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Milchwirtschaft in Deutschland.

Kurzarbeitergeld: Zum 1. Januar 2010 haben wir zudem den Bezug von Kurzarbeitergeld auf bis zu 18 Monate verlängert, so dass den Arbeitgebern, die trotz unsicherer Erwartungen keine Entlassungen vornehmen wollen, Planungssicherheit gegeben wird. Ohne eine solche neue Regelung würde die Bezugsfrist für Kurzarbeit, die in 2010 begonnen wird, lediglich maximal sechs Monate betragen. Ebenfalls fortgeführt werden die besonderen Erleichterungen im Bereich der Kurzarbeit, so z. B. die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge.

Bankenabgabe: Die Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass Instrumente entwickelt werden müssen, um Kreditinstitute, die in Schwierigkeiten geraten sind, in einem geordneten Verfahren entweder zu restrukturieren oder abzuwickeln. Es kann den öffentlichen Haushalten und damit den Bürgerinnen und Bürgern nicht zugemutet werden, zur Bewältigung von Bankschieflagen wie in der Vergangenheit in Vorleistung zu treten. Deshalb soll in Zukunft ein Stabilitäts-Fonds eingerichtet werden, in den alle deutschen Kreditinstitute einzahlen müssen. Darüber hinaus hat das Finanzministerium in den ersten beiden Monaten dieses Jahres eine Reihe von gesetzlichen Regelungen auf den Weg gebracht, um die Vergütungssysteme von Banken und Versicherungen sowie besonders riskante Bankgeschäfte (z. B. den Ankauf gebündelter Kredite) strenger zu regeln.

Notfallplan für Griechenland: Gleichzeitig haben sich die Euro-Länder auf einen Notfallplan für Griechenland geeinigt. Griechenland muss zunächst sein Haushaltsdefizit aus eigener Kraft senken. So erwartet die EU von Griechenland u.a. die Mehrwertsteuereinnahmen zu erhöhen, die Lohnkosten im öffentlichen Sektor zu senken und eine umfassende Rentenreform einzuleiten. Erst als allerletztes Mittel wurde beschlossen, Griechenland mit Hilfen vom IWF und den Euro-Ländern zu unterstützen. Dies aber erst dann, wenn sich Griechenland nicht mehr selbst über die Märkte finanzieren kann. Die erzielte Einigung ist ein persönlicher Erfolg von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Damit hat Europa seine Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt und ein klares Zeichen für die Stabilität des Euro gegeben.

Politik für mehr Wohlstand. Durch nachhaltiges Wachstum

Wachstumsstrategie für Europa: Um wieder ausreichend wirtschaftliches Wachstum in Europa erzeugen zu können, müssen wir Wettbewerbsfähigkeit, Produktivität und die Wirtschaftskonvergenz im gesamten EU-Raum steigern. Deshalb hat sich der Europäische Rat auf eine neu konzipierte Strategie geeinigt, deren Kernelemente

Wissen und Innovation, hohes Beschäftigungsniveau und soziale Eingliederung sowie nachhaltigeres Wirtschaften sind.

Haushalt 2010: Der Haushalt 2010 steht noch ganz im Zeichen der Krisenbewältigung. Gleichwohl hat die christlich-liberale Koalition auch hier Akzente gesetzt: Die noch von der alten Koalition im Entwurf für den Haushalt 2010 vorgesehene Nettokreditaufnahme konnten wir gemeinsam mit den Liberalen senken und doch zugleich Wachstumsimpulse setzen sowie die Investitionen in Bildung und Forschung erhöhen. An der in der letzten Legislaturperiode im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse halten wir fest: Das strukturelle Defizit werden wir deshalb in den nächsten Jahren sukzessive zurückführen, um bis zum Jahr 2016 die vereinbarte Schuldengrenze von 0,35 Prozent des BIP einhalten zu können.

Entlastungen für Familien mit Kindern: Wir haben Entlastungen für Familien mit Kindern durch die Anhebung des Freibetrages für Kinder (400 Mio. €) und durch die weitere Anhebung des Kindergeldes um 20 € (4,2 Mrd. €) beschlossen. Zum Jahresbeginn traten somit für die Bürgerinnen und Bürger Entlastungen im Umfang von ca. 21 Mrd. € in Kraft.

Neuordnung der Gemeindefinanzen: Nachdem wir mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz, der Anhebung der Kinderfreibeträge und des Kindergeldes sowie dem Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz ein kraftvolles Signal für mehr Wachstum und Beschäftigung gegeben haben, steht nun mit der Neuordnung der Gemeindefinanzen ein weiteres großes Projekt aus dem Koalitionsvertrag auf der Agenda. Die Gemeindefinanzkommission unter Vorsitz unseres Finanzministers Wolfgang Schäuble hat sich im März konstituiert. Vorschläge, mit denen eine stetige und zuverlässige Finanzausstattung der Kommunen sichergestellt werden sollen, werden wir möglichst noch in diesem Jahr vorlegen.

Energiekonzept 2010: Gleich zu Beginn der Legislaturperiode haben wir die Erarbeitung eines umfassenden Energiekonzeptes auf den Weg gebracht. Grundlage unserer Entscheidungen wird eine verlässliche Energie-Szenarien-Rechnung sein. In ihrem Rahmen prüfen wir für die Verlängerung der Laufzeiten unserer Kernkraftwerke ein breites Spektrum an unterschiedlichen Varianten: Neben dem Referenzszenario „Nichtverlängerung“ wollen wir die Auswirkungen einer Laufzeitverlängerung von 7, 14, 21 und 28 Jahren berechnen lassen.

Bildungsrepublik Deutschland. Durch gute Bildung und starke Forschung

Investitionen in Bildung und Forschung: Bildungs- und Forschungspolitik ist Standortpolitik. Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP mit einem Programm über zusätzliche Ausgaben von 12 Mrd. € für den Zeitraum von 2009 bis 2013 Bildung und Forschung hohe Priorität eingeräumt. Gleich zu Beginn der Legislaturperiode haben wir ein klares Signal gesetzt und die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung in einem ersten Schritt um 750 Mio. € erhöht.

BAföG: Das vom BMBF vorgelegte 23. BAföG-Änderungsgesetz soll noch im April vom Kabinett beschlossen werden. Mit diesem Gesetz werden wir das BAföG erhöhen: die Bedarfssätze um zwei und die Freibeträge um drei Prozent. Neben der Erhöhung der BAföG-Sätze werden wir in einem zweiten Schritt die leistungsbezogene Förderung ausweiten und gleichzeitig die Wirtschaft an den Kosten der akademischen Ausbildung beteiligen.

Von deutscher Spitzenforschung profitieren: In der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung steht Deutschland an der Weltspitze. Oft aber finden die neuen Erkenntnisse ihren Weg in die praktische Anwendung erst spät oder werden zuerst im Ausland aufgegriffen. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir deshalb in den ersten Monaten nach der Wahl ein Konzept entwickelt, das genau diesen Brückenschlag von der Grundlagenforschung zur anwendungsorientierten Forschung ermöglichen soll.

Elektromobilität: Mit der weiteren Konkretisierung in den nächsten Monaten und der anschließenden Umsetzung des „Nationalen Entwicklungsplans Elektromobilität“ im Rahmen des Zukunftsprojekts „Modellregion Elektroautos“ wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass bis zum Jahre 2020 auf den deutschen Straßen eine Million Elektrofahrzeuge zum Einsatz kommen und Deutschland zu einem Leitmarkt für Elektromobilität wird. Die Bundesregierung wird bis zum Jahre 2016 1,4 Mrd. € zur Förderung der Entwicklung alternativer Antriebe bereitstellen und durch Konjunkturprogramme zusätzlich weitere 500 Mio. € für den Zeitraum 2009 bis 2014 für anwendungsorientierte Forschung im Bereich Mobilität.

Sozialer Fortschritt. Durch Zusammenhalt und Solidarität

Jobcenterreform: Nach langen Verhandlungen haben wir den entscheidenden Durchbruch bei der Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II erreicht: Die bisherige erfolgreiche Arbeitsvermittlung aus einer Hand wird in eine verfassungsgemäße Form überführt. Auch für die Optionskommunen haben wir eine Einigung erzielt. Für ihren Erhalt hatte die Union sich immer stark gemacht. Jetzt werden die 69 bestehenden Optionskommunen entfristet. Zusätzlich können weitere 41 Gemeinden oder Gemeindeverbände die Zulassung für die Option erhalten. Unser Widerstand gegen die zentralistischen Vorstellungen der SPD in der letzten Legislaturperiode hat sich gelohnt.

Verdreifachung des Schonvermögens: Diejenigen, die ihr Leben lang hart gearbeitet, mit dieser Leistung zum Wohlstand unseres Landes beigetragen und vorausschauend für das Alter vorgesorgt haben, dürfen nicht bestraft werden. Mit der Verdreifachung des Schonvermögens für Hartz-IV-Empfänger auf 750 € pro Lebensjahr stärken wir die eigenständige Altersvorsorge. Ebenso wollen wir neben der Anhebung des Schonvermögens auch Änderungen bei den Hinzuverdienstregeln auf den Weg bringen, um mehr Anreize zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu setzen. Eine Arbeitsgruppe der Bundesregierung wird hierzu bis Ende Juni diesen Jahres Vorschläge vorlegen.

Gesundheitssystem: Um in der Wirtschaftskrise Beitragssteigerungen zu verhindern, haben wir in diesem Jahr einmalig den Zuschuss an den Gesundheitsfonds aufgestockt. Langfristig braucht unser Gesundheitssystem jedoch eine andere Finanzierungsgrundlage, um vor der Herausforderung durch den demographischen Wandel bestehen zu können. In dieser Wahlperiode werden wir deshalb mit einem schrittweisen Umstieg zu einkommensunabhängigen Beiträgen mit einem automatischen Sozialausgleich den nächsten Schritt gehen. Zur Erarbeitung konkreter Vorschläge für eine neue Finanzierungsgrundlage hat im März eine Regierungskommission, besetzt aus acht Ministerinnen und Ministern, ihre Arbeit aufgenommen.

Maßnahmenbündel zur Reform der Arzneimittelversorgung: Um einen weiteren Anstieg der Arzneimittelkosten zu verhindern, haben wir uns mit unserem Koalitionspartner zügig auf ein Maßnahmenbündel zur Reform der Arzneimittelversorgung verständigt: Kurzfristig wollen wir die Ausgabenzuwächse durch ein Preismoratorium und durch eine Erhöhung des Rabatts begrenzen, den die Pharmaindustrie den gesetzlichen Krankenkassen einräumen muss. Langfristig wollen wir durch ein neues Instrumentarium sicher stellen, dass bei der Erstattung neuer und besonders teurer Arzneimittel die Versicherten nur für einen tatsächlichen Zusatznutzen zahlen.

Sicherer Frieden. Durch Partnerschaft und Verantwortung in Europa und der Welt

Afghanistan. Übergabe in Verantwortung: Unser Ziel ist es, in Afghanistan ein stabiles Umfeld zu schaffen und zu verhindern, dass das Land wieder ein Rückzugsraum für Terroristen wird. Dazu muss die afghanische Regierung in die Lage versetzt werden, selbst die Sicherheit gewährleisten zu können. Selbsttragende Sicherheit ist auch die Voraussetzung für die internationale Staatengemeinschaft, das militärische Engagement in Afghanistan zurückzufahren und schließlich zu beenden. Für unser strategisches Ziel „Übergabe in Verantwortung“ wurden in den ersten Monaten wichtige Weichen gestellt. Vorgesehen ist ein engeres Zusammenwirken von zivilen und militärischen Maßnahmen: Wir haben die Mittel für den zivilen Wiederaufbau auf 430 Mio. € pro Jahr verdoppelt. Wir haben das deutsche Personal für die Ausbildung von afghanischen Soldaten und Polizisten erhöht. Waren bislang 280 Soldatinnen und Soldaten für die Ausbildung von Afghanen zuständig, sind es nun 1400. Hinzu kommen 200 deutsche Polizeiausbilder. Zusätzliche Soldaten sorgen für mehr Sicherheit: Die Mandatsobergrenze haben wir auf 5350 Soldatinnen und Soldaten erhöht. Die Akzeptanz des afghanischen Staates hängt entscheidend von einer verbesserten Sicherheitslage und von einer funktionierenden Regierung ab. Deshalb kommt dem Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte eine zentrale Bedeutung zu. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begleitet diesen Prozess intensiv und hat zur Koordination der einzelnen Fachpolitiker einen Arbeitskreis Afghanistan ins Leben gerufen.

Verkürzung der Wehrpflicht auf sechs Monate: Die christlich-liberale Koalition hat sich darauf geeinigt, den Wehrdienst auf sechs Monate zu verkürzen. Trotz sicherheitspolitischer Veränderungen hat die Wehrpflicht für Bundeswehr und Gesellschaft weiterhin eine wichtige Funktion. Sie fördert die Integration der Bundeswehr in den demokratischen Rechtsstaat und sichert der Bundeswehr die Aufmerksamkeit von Parlament und Bevölkerung. Ein verkürzter und attraktiv gestalteter Wehrdienst soll für die Wehrpflichtigen ein lohnender Einsatz für die Allgemeinheit und eine positive Lebenserfahrung sein. Gleichzeitig wird durch eine Verkürzung der Wehrpflicht die Wehrgerechtigkeit erhöht. Mit einer Verkürzung des Wehrdienstes wird auch der Zivildienst verkürzt werden. Hier werden Möglichkeiten geschaffen, um auf freiwilliger Basis den Dienst zu verlängern.

Wertegeleitete Außenpolitik: Die wertegeleitete Außenpolitik, die unter der Bundeskanzlerin Angela Merkel in der vergangenen Legislaturperiode begonnen wurde, bekommt durch die christlich-liberale Koalition neue Impulse. Ein großes Anliegen ist das Eintreten für die universellen Menschenrechte, und hier insbesondere das Thema Religionsfreiheit. Dieses fundamentale Menschenrecht wird in vielen Staaten auf dieser Erde von Regierungen in unzulässiger Form verletzt. Die Außenpolitik der christlich-liberalen Koalition wird sich weltweit für dieses Recht einsetzen. Auf die Lage christlicher Minderheiten werden wir dabei besonders achten.